



«EINFACH NUR CHAOS»

Im Schatten des inszenierten «Aufstands gegen rechts» treibt die Ampelregierung den Umbau der Gesellschaft zügig voran. Als Christen dürfen wir trotzdem aufsehen und unsere Häupter erheben.

Raphael Berger

Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht dasselbe. Dieser Eindruck entsteht beim Blick auf das Deutschland unserer Tage. Zu Beginn des Jahres gingen die Bauern auf die Strasse. Das Fass zum Überlaufen brachten Pläne der Ampelregierung, finanzielle Subventionen zu streichen. Höhere Auflagen und ständig steigende gesetzliche Anforderungen drängen vor allem kleine und mittlere Betriebe zum Aufgeben. In den letzten zehn Jahren mussten 36 000 Landwirte ihren Betrieb schliessen. Schätzungen zufolge wird sich die Zahl der Höfe bis 2040 von heute rund 250 000 auf etwa 100 000 mehr als halbieren.

Bis auf vereinzelte (fast schon gesuchte!?) Ausnahmen verliefen die landesweiten Proteste überaus friedlich

und mit Niveau. Das Anliegen der Bauern findet auch in der breiten Gesellschaft Unterstützung. Einer Umfrage des Instituts Civey zufolge unterstützen 52,5 Prozent der Befragten die Proteste «auf jeden Fall», weitere zehn Prozent halten sie für eher gerechtfertigt. Trotzdem wurden die Proteste medial diffamiert und von allen Seiten vor einer «Unterwanderung durch rechtsextreme Netzwerke» gewarnt. Die Veranstalter mussten sich fast mantraartig von der «rechten Ecke» distanzieren.

«AUFSTAND GEGEN RECHTS»

Nahtlos abgelöst (zumindest medial, Kundgebungen finden weiterhin statt) wurden die Bauernproteste ab etwa dem 20. Januar durch den «Aufstand

gegen rechts». Deutschlandweit gingen Hunderttausende auf die Strasse, um gegen «rechts» und «Rassismus» zu demonstrieren. Auslöser waren Recherchen des (auch staatlich finanzierten) Recherchemediums Correctiv über ein im vergangenen November stattgefundenes Treffen in einer Potsdamer Villa, bei dem sich «hochrangige Politiker» der AfD und CDU, Unternehmer und rechte Aktivisten getroffen haben sollen, um an einem «Geheimplan gegen Deutschland» zu tüfteln, der vorsehe, Millionen Ausländer, aber auch Deutsche mit Migrationshintergrund, aus dem Land zu schaffen.

Dieser «Aufstand gegen rechts» wurde von den Medien als «Aufstand der Mitte» inszeniert. Politiker applau-

«Stabilität, Bindung sowie Vater und Mutter sind für Kinder wichtig. Die Ampel will genau diese Werte für ein Leitbild der Beliebigkeit opfern.»

Dr. Felix Böllmann, ADF International

dierten und gaben ihrer Freude über die Kundgebungen Ausdruck. Und doch: Offenkundig sind die Demos von linken Gruppierungen (die oft auch direkt oder indirekt vom Staat finanziert werden) unterwandert, und teilweise, wie in München, gar von einer linksradikalen Klimaaktivistin (Lisa Poettinger) organisiert worden. Auch ein Palästina-Block war bei besagter Demo vor Ort. Weiter gibt es verschiedene Berichte, wonach Schulen Kinder und Jugendliche motivierten, an den Demos teilzunehmen, ihnen dafür teils Urlaub in Aussicht stellten oder die Teilnahme mit guten Noten honorierten.¹ Das Niveau vieler Plakate und Transparente war oft unter der Gürtellinie. «FCK AFD», «EKEL-HAFD» oder «AFDLER TÖTEN» (hier ermittelt die Staatsanwaltschaft) sind nur einige Beispiele davon. Sieht so ein «Aufstand der Mitte» aus? Und was sagt es über den Zustand einer Demokratie aus, wenn die Regierung derart offenkundig gegen die Opposition hetzt?

Was ist an den «Enthüllungen» von Correctiv dran? Bemerkenswert wenig. Es gab keinen einzigen «hochrangigen AfD-Politiker» auf dem Treffen, es waren Politiker der zweiten Reihe beziehungsweise der Länderebene. Dann gibt es keinen Beleg dafür, dass eine «falsche Hautfarbe» als Abschiebegrund diskutiert wurde. Auch fehlen Belege, wonach «Deportationspläne» auf dem Treffen besprochen wurden. Und schliesslich gibt es auch keine Belege dafür, dass millionenfache Abschiebungen oder «Vertreibungen» besprochen wurden. Laut Teilnehmern ging es darum, im Rahmen des geltenden Rechts Möglichkeiten der Abschiebung von illegal Eingereisten und illegal in Deutschland lebenden Ausländern zu diskutieren. Auch sollte die Frage erörtert werden, inwieweit unter bestimmten Voraussetzungen kürzlich eingebürgerten Migranten der deutsche Pass wieder entzogen werden kann. All das diskutiert auch die Ampel. Noch vor Kurzem erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem Titelblatt des Spiegels: «Wir müssen endlich im

grossen Stil abschieben.» Und im Umkreis von Innenministerin Nancy Faeser überlegten Beamte, eingebürgerten Migranten, die sich antisemitisch betätigen, bis zu zehn Jahre rückwirkend den Pass zu entziehen.

DER UMBAU GEHT VORAN

Weshalb die Aufregung? Nun, der «Aufstand gegen rechts» scheint in erster Linie eine gigantische Ablenkung vom Versagen der Ampel-Regierung zu sein. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist gross: Wäre Ende Januar der neue Bundestag gewählt worden, hätten die Ampel-Parteien gerade noch 33 Prozent der Stimmen erhalten. Kein Wunder angesichts der konstant hohen Preise für Lebensmittel, Wohnen und Energie, die Private wie auch die Industrie massiv belasten und vor grosse Probleme stellen, oder der landesweit maroden Infrastruktur, für die oft wenig Geld übrigbleibt. Ganz im Gegensatz zu den Ausgaben für Entwicklungshilfe oder Flüchtlinge (s. a. «Milliarden für die ganze Welt», S. 11) oder für die 11 500 neuen Stellen, die sich die Regierung in der ohnehin schon aufgeblähten Bundesverwaltung gegönnt hat. Ausdruck dieser Unzufriedenheit sind auch die geplanten Parteigründungen von Sahra Wagenknecht und Hans-Georg Maaßen. Viele Menschen identifizieren sich nicht mehr mit den «Altparteien».

Das alles täuscht darüber hinweg, dass die Ampel sehr effizient unterwegs ist und ihre Koalitionsversprechen, für die sie auch gewählt wurde, Schritt für Schritt umsetzt (s. a. «Die Unzufriedenheit der Bürger wächst», *factum* 06/23, S. 11). Leider wollten das viele im Vorfeld der letzten Wahlen nicht wahrhaben. Nun inszeniert die Regierung die Hysterie «gegen rechts», um von ihrem Versagen abzulenken und den Umbau der Gesellschaft zügig voranzutreiben. So wurde im «Kampf gegen den Kli-

mawandel» bereits letztes Jahr das Gebäudeenergiegesetz (Heizungsgesetz) beschlossen und der Atomausstieg vollzogen, beides mit gravierenden Auswirkungen auf das Land.

Weitreichende Änderungen gab es im Januar im Familienrecht. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) präsentierte Eckpunktepapiere zur Reform des Abstammungsrechts und des Kindschaftsrechts. Er begründete die Notwendigkeit einer Neuregelung mit der geänderten sozialen Realität. Die Gesellschaft hätte sich geändert, das Recht aber nicht, so Buschmann zu WELT.

Neu soll es die lesbische «Mitmutterschaft» geben. Wird ein Kind in eine lesbische Ehe hineingeboren, ist in Zukunft die Partnerin der Mutter ebenfalls automatisch «Mutter» des Kindes – ohne den bisher notwendigen Weg der Stiefkind-Adoption. Sind beide nicht verheiratet, muss die Mitmutterschaft von beiden erklärt und anerkannt werden. Buschmann: «Wo zwei verheiratete Menschen in Liebe ein gemeinsames Kind grossziehen wollen, darf das Recht ihnen keine unnötigen bürokratischen Hürden errichten.» Neu sind auch die sogenannten Elternschaftsvereinbarungen – ein Konzept, das vor allem auf oft dysfunktionale Familien, die als «Regenbogenfamilien» glorifiziert werden, abzielt. Wird ein Kind nicht durch eine Samenspende von der Samenbank gezeugt, sondern durch eine private Spende, kann die rechtliche Elternschaft künftig schon vor der Zeugung vereinbart werden. Dabei können die Beteiligten festlegen, ob die Partnerin der Mutter der zweite rechtliche Elternteil wird oder der biologische Vater.

Beim Kindschaftsrecht soll unter anderem für Patchworkfamilien das «Kleine Sorgerecht» ausgebaut werden. Mit dem Einverständnis der Eltern können bis zu zwei weitere Menschen (Vorläufer zur Mehrelternschaft?) sor-

gerechtlche Befugnisse erhalten. Damit wären auch Familienkonstellationen abgedeckt, in denen lesbische oder queere Paare mit dem biologischen Vater «Eltern» sein wollen. Auch die Adoptionen will die Ampel erleichtern. Eine Ehe soll künftig keine Voraussetzung mehr für die gemeinsame Adoption eines fremden Kindes sein.

Dr. Felix Böllmann, Leiter der europäischen Rechtsabteilung der christlichen Menschenrechtsorganisation ADF International, sagt, dass es bei der Reform nicht um die Kinder, sondern um die Befriedigung der Bedürfnisse Erwachsener gehe. «Die Pläne der Bundesregierung schaden Kindern, schwächen Ehen sowie Familien und stehen im Widerspruch zu fundamentalen Wertungen des Grundgesetzes.» Die scheinbar liberalen Vorschläge offenbarten bei näherem Hinsehen einfach nur Chaos. Stabilität, Bindung sowie Vater und Mutter seien für Kinder wichtig. «Die Ampel will genau diese Werte für ein Leitbild der Beliebigkeit opfern.»

Hedwig von Beverfoerde, Sprecherin von DemoFürAlle, sieht in der «vermeintlichen Reform» ein «brandgefährlicher Paradigmenwechsel». Kindschaft und Elternschaft würden rechtlich von ihrer biologischen Grundlage getrennt. Dadurch würde die Familie umdefiniert und Kinder zum Objekt erwachsener Selbstverwirklichungsträume degradiert. Besonders erschreckend: «Sogar Pädophile könnten so leichter an ein Kind kommen und der illegalen Praxis der Leihmutterchaft würde der Weg geebnet», so von Beverfoerde. «Das gesamte Vorhaben ist eine gefährliche Büchse der Pandora.»

Auch Punkto Einbürgerungen hat der Bundestag im Januar weitreichende Änderungen beschlossen. Ohne grosse Notiz von aussen und nach nur 45-minütiger Debatte verabschiedete er das «Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts». Damit ermöglicht die Ampel, dass Einwanderer, die «Voraussetzungen» erfüllen, bereits nach fünf statt acht Jahren eingebürgert

werden. Bei «besonderen Integrationsleistungen» soll sogar eine Einbürgerung nach drei Jahren möglich sein. Als «Voraussetzungen» gilt laut Reem Alabali-Radovan (SPD) zum Beispiel, dass ein Einwanderer «gutes» Deutsch spricht, einen eigenen Lebensunterhalt verdient und sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Ausserdem können mit dem neuen Gesetz Menschen jeglicher Herkunft eine doppelte Staatsbürgerschaft erhalten. Bislang war es nur Einwanderern aus der EU, der Schweiz und aus Ländern, die ihren Bürgern den Wechsel der Staatsangehörigkeit untersagen, möglich, eine solche zu bekommen. Alexander Throm (CDU) verwies darauf, dass es 2,5 Millionen Menschen gebe, die schon bei aktueller Gesetzeslage einen Anspruch auf einen deutschen Pass hätten, diesen allerdings nicht wollten, weil sie dafür ihren alten Pass abgeben müssten. Zudem sind in Deutschland geborene Kinder künftig von Geburt an Deutsche, wenn ein Elternteil die erforderliche Aufenthaltszeit von fünf Jahren erfüllt.

Die Sorge, dass mit der beschleunigten Einbürgerung zusätzliche Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland geschaffen werden, ist begründet. Schliesslich schiebt sich Deutschland aus dem Mittelfeld an die Spitze der europäischen Staaten, was die kurze Frist anbelangt, die einer Einbürgerung vorausgehen muss. Bereits im vergangenen Jahr legte die Zahl der Asylanträge in Deutschland (329 000) mit 51 Prozent deutlich stärker zu als in der Europäischen Union (+17 Prozent).

DANK FÜR GOTTES HILFE

Als Christen sind wir heute stark gefordert. Die Entwicklungen sind die Folge einer gottlosen Politik. Dass sich diese im Besonderen gegen die Bauern richtet, ist Ausdruck davon. «Nur wenige Berufe sind so unmittelbar mit Gott und der Schöpfung verbunden, wie der von Landwirten. Bauern verstehen die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln oft als eine Berufung. Sie

lieben ihre Arbeit», schreibt Alexander Schlüter in einem Gebetsaufruf des Vereins Wächterruf e. V. «Siehst du, wie im Lande der Arme Unrecht leidet und Recht und Gerechtigkeit zum Raub geworden sind, dann wundere dich nicht darüber, denn ein Hoher schützt den anderen, und noch Höhere sind über beiden. Aber immer ist ein König, der dafür sorgt, dass das Feld gebaut wird, ein Gewinn für das Land» (Pred. 5,7–8). Heute erleben wir vor unseren Augen, was der weise Salomo schon vor Tausenden von Jahren erkannte.

Die fehlgeleitete Politik der aktuellen Regierung ist ein Angriff gegen Gott. Wie gehen wir damit um? Als Christen sollen wir wachsam sein und das Zeitgeschehen verfolgen. Dabei dürfen wir uns nicht von Nebensächlichkeiten ablenken lassen. Wir müssen unseren Fokus immer wieder zurechtrücken und uns nach Gott und seinem Wort ausrichten. Der Psalm 138 von David, in der Lutherbibel mit «Dank für Gottes Hilfe» überschrieben, hilft uns dabei. «Ich danke dir von ganzem Herzen. ... Wenn ich dich anrufe, so erhörst du mich und gibst meiner Seele grosse Kraft. ... Wenn ich mitten in der Angst wandle, so erquickest du mich. ... Der Herr wird meine Sache hinausführen. Herr, deine Güte ist ewig.»

Glauben wir das und nehmen es für uns persönlich in Anspruch? Gott wartet nur darauf; auch auf unsere Dankbarkeit Ihm gegenüber. Jesus selbst macht uns Mut, wenn er in der Endzeitrede im Lukasevangelium sagt: «Wenn aber dieses anfängt zu geschehen, dann seht auf und erhebt eure Häupter, weil sich eure Erlösung naht» (Luk. 21,28). Bis es soweit ist, gilt es, mit Gottes Hilfe als Licht und Salz in dieser Welt zu leben (Matth. 5,13–16) und allen Menschen das Evangelium zu bringen (Mark. 16,15). Gott schenkt uns Hoffnung und Zuversicht und gibt uns einen Auftrag – gerade in Zeiten und Tagen wie diesen. 

1 <https://www.nius.de/Gesellschaft/5-krasse-beispiele-deutschlands-schulen-schicken-schueler-zu-gegen-rechts-demos/3907396a-1bb4-4342-a338-b88a0ec06a5b>